

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feiertunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. H. Zeller in Nagold

Verdienter Stellung im
Oberamt Nagold. —
Wichtigsten sind dabei von
bester Seite.

Der Inhalt der Beilage wird
von der Redaktion des
„Gesellschafter“ übernommen.
Zu den Beilagen in anderen
Blättern über die in der
Beilage nicht enthaltenen
Ziele und Methoden der
Kriegs- und Friedensproduktion
sowie der allgemeinen
Wirtschaftslehre.

Telegraphische Adresse:
Gesellschaft Nagold.
Postfachnummer:
Nagold 5113.

Nr. 148

Begründet 1826.

Donnerstag den 26. Juni 1924

Preis pro Nummer Nr. 20.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Die bayerische Landesbauernkammer erklärt einmütig, daß die Landesregierung den gewollten Steuerdruck nicht mehr ertragen kann.

Frankreich und England beharren in einer Note, die die Reichsregierung dem Reichskanzler unmittelbar aushändigen, auf der Durchführung einer all-militärischen Kontrolle.

Ein italienisch-serbischer Grenzvorfall hat in Triest Aufsehen erregt.

Massiala verurteilt im Senat den Faschismus und verurteilt aufs Schärfste die Ermordung Matteolis.

Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen

Der Berliner Vertreter des Reuterschen Büros befragt den Reichskanzler Dr. Brüning über die Sicherungsmaßnahmen der deutschen Regierung zu den in den letzten Tagen in einem Teil der französischen und auch der englischen Presse sich ändernden Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen und Konversionsarbeiten. Der Reichskanzler erklärte ihm, eines folgendes: Derartige Nachrichten sind tatsächlich gerade in diesen Tagen in der französischen Presse erschienen und von einem gewissen Teil der englischen Presse übernommen worden. Allen diesen Tendenzen entgegenzutreten, ist nicht möglich, wie sie entstehen ist aber immerhin interessant. Das will ich Ihnen an einem Beispiel erläutern. Das „Journal“ brachte vor einigen Tagen die Nachricht, die französische Regierung habe der englischen Regierung amtliche Berichte französischer Stellen zur Kenntnis gebracht, nach denen ein bewaffneter Heerzug auf die Befehlsgangenen des Ruhrgebietes geplant sei. Diese Nachricht, die von amtlicher deutscher Seite sofort entgegengetreten worden ist, ist eine von denen, die in der ausländischen Presse das größte Aufsehen erregten. Auf das deutsche Demonteur hin hat vom „Daily Telegraph“ festgestellt worden, daß es sich bei dem von dem „Journal“ erwähnten angeblichen Bericht um die Arbeit eines übertriebenen Agenten gehandelt hat, der die Rufmordigkeit chancenreicher Phantasien für diese Klänge genommen hat. Der „Daily Telegraph“ fügte darüber hinaus, glücklicherweise habe weder die französische noch die englische Regierung diesem Alarmbericht Glauben geschenkt. Aber niemand bürgt uns dafür, daß andere Alarmberichte Glauben finden. Ich denke dabei insbesondere an die Meldungen gewisser französischer Zeitungen, in denen die üblichen Angaben über geheime deutsche Rüstungen mit sehr genau klingenden Zahlen belegt werden. Diese Zahlen sind, wie mir zuverlässig gerade heute gesagt wird, aus einem in einer englischen Tageszeitung veröffentlichten größeren Aufsatz über den Stand der Bewaffnung Deutschlands herausgegriffen. Dieser offenbar aus der Feder eines ganz leicht eingestellten englischen Offiziers stammende Aufsatz kommt aber zu dem Ergebnis, daß sich die deutschen Rüstungen auf dem Gebiet des Rüstungswesens in gewissen Angelegenheiten mit dem Vertrag von Versailles zwar noch nicht überall decken, daß jedoch im großen und ganzen die deutsche Bewaffnung völlig durchgeführt und Deutschland außerstande ist, auch nur einen Defensivkrieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Die in der französischen Presse erschienenen Behauptungen sind insofern so ausgewählt, daß sie den gegenteiligen Ansichten entsprechen. Früher als derartige Tendenzen vorliegen, von denen die deutsche Regierung im allgemeinen keine Notiz nimmt, sind aber natürlich Erklärungen der Art, wie sie der „Morningpost“ zufolge, kürzlich von dem jetzigen französischen Kriegsminister, General Nollet, abgegeben worden sein sollen. Ich kann mir eigentlich kaum denken, daß der Leiter der „Morningpost“ den General Nollet richtig verstanden hat. General Nollet hat fast fünf Jahre in Deutschland gewohnt. Er kann unmöglich den Eindruck haben, daß der deutsche Rüstungsstand eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs bedeute. Er muß wissen, daß die tatsächlichen Ideen militärischer Auszubildungsverweilenden auf die politischen und strategischen Pläne des betreffenden Landes keine sonderliche Rücksicht zusetzen. Er muß sich darüber im Klaren sein, daß eine Truppe, die überhaupt militärischen Wert haben soll, auch über Angriffsgewalt verfügen muß, selbst wenn sie, wie die deutsche Reichswehr mit defensiven Aufgaben hat. Ich will im übrigen auf die angeblichen Neuerungen des General Nollet nicht allzu ausführlich eingehen, insofern nicht auf die Behauptung, über den angeblich militärischen Charakter der Schulpolizei, über die angebliche militärische Ausbildung der Turn- und Sportvereine und über die Gefahr, welche die deutsche Industrie mit Bezug auf die Herstellung von Kriegsmaterial heute angeblich noch darstelle. Doch in einem großen Staat mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heer von 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, sowie für die Erledigung administrativer Polizeiaufgaben ein Verwaltungskörper von insgesamt 150 000 Köpfen erforderlich ist, wird jedem Unbefangenen einleuchten. Eine Gefahr für Frankreich bedeutet dies schon deshalb nicht, weil die Angehörigen dieses Verwal-

lungskörpers für militärische Zwecke gar nicht abkömmlich sind, und weil die Polizei mit der Reichswehr nicht die leichteste organische Verbindung hat. Der körperlichen Ausbildung der Jugend in Turn- und Sportvereinen kommt heute nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht gewiß keine erhöhte Bedeutung zu, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Volksgesundheit, und die deutsche Industrie ist nun heute erstlos auf die Friedensproduktion umgestellt. Das müssen General Nollets Offiziere selbst am besten wissen. Ich hoffe aufrichtig, daß General Nollet Gelegenheit nehmen wird, die Rüstungsverhältnisse, die fast aus jeder Zeile des Interviews in der „Morningpost“ sprechen, richtigzustellen. Gerade auf seine Haltung und seine Äußerungen wird es wesentlich ankommen, wenn wir die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugen wollen, daß die Ziele und Methoden der jetzigen französischen Regierung andere sind als die der vorigen. Diese Überzeugung in viele Kreise des deutschen Volkes zu tragen ist unser ethisches Bestreben. Dies ist eine Vorbedingung der Verständigung. Und die Politik der Verständigung ist es, die wir, und mit uns der größte Teil des deutschen Volkes mit absoluter Aufrichtigkeit verfolgen.

Möglichkeiten der Steuererfindung

L. C. Die oft verweilte Frage, in der sich gegenwärtig die Handelsbetriebe gegenüber den steuerlichen Anforderungen befinden, hat den Zentralverband des deutschen Großhandels voranführend beim Reichsfinanzministerium im Sinne einer Erweiterung der Stundungsmöglichkeiten für die Finanzämter vorstellig zu werden. Der Reichsfinanzminister hat am 2. Juni d. J. einen Erlaß an die Landesfinanzämter gerichtet, in dem zu diesem Antrag schon gedenkenmäßig Stellung genommen wird. Die Finanzämter sind noch immer so, daß Reich, Länder und Gemeinden auf regelmäßig stehende Steuererfindungen angewiesen seien, wenn nicht die öffentliche Wirtschaft und die Währung ebenfalls in Gefahr gebracht werden soll. Der schwersten Belastung, die in den gegenwärtigen Aufbringung der Steuern liegt, müssen sich alle Berufsstände unterziehen. In dem Erlaß wird abgedruckt wie folgt festgehalten: „Diesem Grundgedanken, an dem unbedingt festgehalten werden muß, steht nicht entgegen, daß im einzelnen Falle ein Antrag teilweise oder vollständig Stundung der Steuern auf einen bestimmten Zeitraum gemacht wird — dann nämlich, wenn glaubhaft gemacht wird, daß Mittel nicht häufig gemacht werden können, und wenn die Veräußerung von Betriebsmitteln entweder die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde oder nur zu Preisen erfolgen könnte, die außerordentlich tief liegen, daß dem Steuerpflichtigen damit ein weit über die begrenzte Steuerbefreiung hinausgehendes Opfer auferlegt würde. Hier liegt auch die Grenze für Stundung. Es kann keine Rede davon sein, daß Bindungen allgemein unterbleiben sollen, denn schon im Interesse derjenigen, die — wenn auch unter Opfern — ihre Steuern pünktlich zahlen, muß für eine möglichst gleichmäßige Einbringung der Steuern gesorgt werden. Bevor eine Stundung erfolgt, muß aber insbesondere dann, wenn Stundungsanträge vorliegen, oder die Unmöglichkeit der Zahlung geltend gemacht wird, gewissenhaft geprüft werden, ob eine der oben gemachten Voraussetzungen vorliegt. Erst wenn festgestellt wird, daß diese Voraussetzungen nicht bestehen, darf zur Stundung geschritten werden.“

In diesem Zusammenhang mag erwähnt werden, daß bei den Finanzämtern zahlreiche Gesuche um Steuererfindung eingelaufen sind und bewilligt worden sind. Es sind dadurch gewisse Rückschlüsse beim Steuererfindung zwar eingetretten, doch sind diese, wie wir hören, bisher nicht so groß, daß eine Erweiterung des Haushaltsteilgewichtes davon irgendwie zu befürchten wäre. Man verheißt sich allerdings nicht, daß Schwierigkeiten entstehen könnten, wenn beim Fortschreiten der Wirtschaftskrise die Stundungsgehalte einen größeren Umfang annehmen würden.

Neue Nachrichten

Forderungen des Reichsländbunds

Berlin, 25. Juni. Der Reichsländbund hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem er noch mehr die große Not der Landwirtschaft darlegt und die allgemeine Stundung aller Steuern bis zum Herbst fordert. Ferner müssen alle Maßnahmen sofort ergriffen werden, die notwendig sind, um gesunde Preisverhältnisse in der Landwirtschaft wieder herzustellen und den Schutz der Ernte zu gewährleisten. Die sofortige Veranschlagung eines neuen neuemomenenten Kredites für die Landwirtschaft sowie die Verlangung des anstehenden Kredites bis nach der Herbsternte seien unbedingt erforderlich. Es wird dann schließlich verlangt, daß die Vermögens- und Steuererfindung auf Grund eines neuen und richtig zu ermittelnden Höhebetrages durchgeführt und die Einkommensbefreiungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend erhöht werden, ferner daß die Lohnsteuer ermäßigt und die Veranschlagung ausländischer und wirtschaflicher Produkte bei der Umsatzsteuer befreit werde.

Keine allgemeine Steuererfindung

Berlin, 25. Juni. Wie wir erfahren, hat der Reichsfinanzminister zu dem Antrag des Reichsländbundes um allgemeine Stundung der Steuern bis nach Einbringung der Ernte eine ablehnende Stellung eingenommen. Der Finanzminister hält eine allgemeine Stundung steuerlich für nicht angehtig. Auch würde sie zu gleichen Fortwörungen anderer Berufsstände, besonders auch der notleidenden Industrie führen. Eine Entscheidung des Kabinetts ist noch nicht erfolgt.

Herriot in Brüssel

Brüssel, 25. Juni. Dienstagabend ist in Brüssel ein offizielles Communiqué über die Unterredung zwischen Herriot und den belgischen Ministern veröffentlicht worden. Es kommt zu folgendem Schluß: Die Unterredungen von Brüssel waren von einem aufrichtigen Geist enger Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens getragen. Sie haben den Eindruck hinterlassen, daß ein ernsthafter Fortschritt erzielt worden ist und daß die nächste Konferenz in der Lage sein wird, dem Regierungsproblem eine gerechte Lösung zu geben.

Wie sollen noch mehr unterschreiben als Versailles?

Paris, 25. Juni. Der Sonderkorrespondent des „Matin“, Jules Souverain, der Herriot nach London und Brüssel begleitet hat, hat von Herriot ein Interview erhalten, in dem der Ministerpräsident auf bestimmte Fragen präzise Antworten erteilt hat. Auf die Frage, wann die Ruhr militärisch geräumt werde, antwortete Herriot, daß Max Douard in dieser Richtung keine Forderungen aufgestellt habe. Es sei für später (1) eine Forderung des Befehlshabers vorausgesetzt, aber erst dann, wenn Deutschland bezahle werden würde. Hierunter sei zu verstehen, daß 5 1/2 (1) ein bedeutender Teil der Danversobligationen nicht auszugeben, sondern platziert sei, so daß sie wie kaufmännische Werte gehandelt werden könnten. Die wirtschaftliche Belastung der Ruhr werde aufhören, sobald die totalen Forderungen in allgemeine Forderungen (77) umgewandelt seien, wie dies der Max Douard vorsehe. Als Garantien für die Bezahlung der Reparationen würden alle diejenigen gelten, die im Sachverstandigenbericht vorgelesen seien. Dazu werde eine Reihe von bestimmten politischen Garantien kommen die durch eine besondere Verständigung zwischen den alliierten Regierungen festgelegt werden sollen. Die Beschlüsse der Konferenz über die Durchführung des Planes Douard würden in einem besonderen Protokoll niedergelegt, das auch von Deutschland unterschrieben werden solle, und zwar aus dem Grunde, weil die im Sachverstandigenbericht vorgelesenen Organisationen die Rechte, die der Versailler Vertrag den Alliierten gab, in vielen Punkten überschritten, insbesondere dadurch, daß die Alliierten, entgegen dem Versailler Vertrag, sich in die innere Verwaltung des Deutschen Reichs einmischen. Frankreich und Belgien seien darin einzig geworden, sich auf der Kontrolle der strategischen deutschen Linien zu bestehen und die dahingehenden Verhandlungen mit England geringigt zu führen. Die Bewaffnung Deutschlands werde energisch durchgeführt werden. Die Rolle des Völkerbundes werde darin bestehen, später einen internationalen Rahmen für die besonderen Verträge abzugeben, wodurch die Sicherheit Frankreichs und Belgiens erreicht werden solle.

Die neueste Note Englands und Frankreichs in Sachen der Militärkontrolle

Berlin, 24. Juni. Der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger überreichten dem Reichskanzler heute nachmittag die in der Presse angekündigte Note, die in deutscher Uebersetzung lautet:

Chequers, den 22. Juni 1924. Wir wünschen, uns in einer Frage, die unseren beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an den. Erziehung zu wenden. Wir erfahren nicht ohne die größte Beforgnis, daß die deutsche Regierung vielleicht beabsichtigen könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle an ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir beunruhigende Berichte über die unausgerichtete und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen trafen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiell, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in der Beforgnis zu befechten, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls die Berichte ungedrungen sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die Beforgnisse von geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut.

Wir können der deutschen Regierung nicht verbergen und wir hoffen es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Schritt gegen die laute und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Artikel 5 des Vertrages von Ver-

alles die internationale Lage gerade in dem Augenblick schwer belasten würde, wo Aussicht auf eine schnelle In-Kraft-Setzung des Dawes-Berichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige wirtschaftliche Befriedigung die Wege eben soll, aufsteigen läßt. Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedigung zu erleichtern und zu diesem Zweck zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Verwirklichung der rechtswürdigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuwirken. Es läge im eigenen Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage bezüglich der Entschärfung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde. Wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, den Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt. Wir appellieren an Sie, Eppstein, weil wir keine Gelegenheit veräumen möchten, um die Ursachen erster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen.

Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern, im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst baldigen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft dem Mechanismus der Kontrollkommission durch das in Art. 213 des Vertrages dem Völkerbundrat übertragenen Untersuchungsrecht erleichtert zu werden, sobald sie in Bezug auf die verschiedenen Punkte, die die Alliierten Regierungen besonders bezeichnet, Genehmigung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihnen berechtigten Befugnissen jede Verhinderung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles in Händen haben. Jedenfalls drücken wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung auf die Rolle der Völkerbundkonferenz eine Antwort erteilt, die der Situation und dem im Vertrag festgelegten Verpflichtungen entspricht.

(923.) Herriot. (924.) J. Ramsay Mac Donald.

Der Reichskanzler erklärte dem englischen Botschafter und dem französischen Gesandten, daß er die Note zur Kenntnis des Reichskabinetts bringen werde. Die Alliierten würden rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, die Antwort der deutschen Regierung erhalten.

Mac Donald in Glasgow

London, 25. Juni. Mac Donald erklärte gestern in Glasgow, wo er das Ehrenbürgerrecht erhielt, welche Regierung auch immer an der Macht sei, wer auch immer an der Spitze dieser Regierung stehe, eine oder zwei elementare Tatsachen müssen erkannt werden. Die Gefühle der Wirtschaft würden nicht von den Regierungen gemacht und alle Regierungen müßten zugeben, daß der Handel so kräftig wie möglich gefördert werde. Es sei daher die erste Pflicht des Staatschefs des Reiches, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen und zu versuchen, daß die nationalem Einkünfte des Staates nicht für Verteidigungszwecke ausgegeben werden, die, wenn die Welt vernünftig wäre, nicht notwendig sein würden. Mac Donald schloß, er tue sein Bestes, damit durch gegenseitiges Einverständnis das Gebäude des Friedens aufgebaut werden könnte.

Mussolini im Senat

Rom, 25. Juni. Die Rede Mussolinis vor dem Senat ist günstig aufgenommen worden. Sie wurde anfangs mit Beifall angehört. Der erste Beifall erfolgte bei seiner Forderung auf die Kommentare des Auswärtigen über die italienische Politik. Besonders lebhaft beifällig wurde der Vergleich zwischen der Haltung des Schweizerischen Nationalrats und derjenigen der Parlamente anderer Staaten, sowie der Unklarheit der Regierung, trotz der Opposition und des Stimmens des Auswärtigen auf ihrem Vollen zu bleiben. Zum Schluß sprach die Partei von Mussolini beehrte Tribüne in einen begeisterten Anruf, dem sich die Mehrheit des Senats anschloß.

Italienisch-jugoslawischer Grenzstreifenfall

Wien, 25. Juni. Der Schmuggel in dem waldigen und hügeligen Grenzgebiet zwischen Vostuzina und Unas ist sehr heftig und erfordert eine umerkliche Hebermaßnahme durch Joll-Votrosten. Nach gelegentlichen Hebermaßen um die noch unstrittigen Grenzlinie überließen am Montag um Mitternacht 40 jugoslawische Nationalisten ein italienisches Postamt durch und gaben auf die Zollwache jopliche Schüsse ab. Ein Oberfeldwebel wurde dabei getötet und ein Jollwächter schwer verwundet. Die beiden überlebenden Jollwächter wurden von den Südländern 400 Meter weit auf jugoslawisches Gebiet verschleppt, wo sie dann wieder freigelassen wurden.

Der Überfall hat in Triest erste Ödang hervorgerufen und wird ein diplomatisches Nachspiel haben.

General Allen über das amerikanische Hilfswerk

Newport, 23. Juni. In der Erklärung des General Allen, der seinerzeit die amerikanischen Beihilfungsstruppen kommandierte, die verläutet, daß nunmehr angeht die Annahme der Lebensmittelvorsorge in Deutschland das Wert des amerikanischen Hilfskomitees beendet ist, heißt diese bemerkenswert: Circa 1 400 000 deutsche Kinder wurden täglich von dem Komitee bewahrt. Tausende von Menschenleben wurden dadurch erhalten. Die Übernahme einer so riesigen Aufgabe, die Kinder der früheren Feinde zu ernähren, erschien als eine der edelsten Taten, die Amerika machen konnte. Doch auf die große Zahl der Männer, mit denen ich auf der Schlachtfeldern in Frankreich und am Rhein gestanden habe wünsche ich zu erklären — und dies tut in keiner Weise ihren Ruhm Abbruch — daß ich noch folger bin auf die gleichen Männer und auf hunderttausende junger Bürger, die mit in den Krieg gekämpft und gefestigt haben und dann zu dem Werk die Wunden des Krieges zu heilen, zurückgetreten sind. Nach General Allens Angaben haben die Amerikaner annähernd 1 Milliarden Dollar gespendet.

Die Absonderung der Vereinigten Staaten

Washington, 25. Juni. In maßgebenden Kreisen wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten bei der interalliierten Konferenz über die Durchführung des Dawes-Planes am 16. Juli nicht vertreten sein werden. Die Vereinigten Staaten hätten kein Interesse daran, aus ihrer abstrakten Absonderung herauszutreten. Ueberdies habe Amerika auch keine Einladung zu der beschlossenen Konferenz erhalten.

Die bayerische Landwirtschaft kann den gewaltigen Steuerdruck nicht mehr ertragen.

LC. In eingehenden, zum Teil bewegten Beratungen hat sich der landwirtschaftliche Ausschuß der Bayerischen Landesbauernkammer mit der durch den gewaltigen Steuerdruck bei gleichzeitiger überaus schlechter Preislage der landwirtschaftlichen Produkte hervorgerufenen außerordentlich ernsten Wirtschaftslage der Landwirtschaft befaßt. Die einstimmig gefaßten Entschlüsse sind folgende:

Die Landesbauernkammer weist auf den außerordentlichen Ernst der Lage, der in der Landwirtschaft durch den gewaltigen Steuerdruck geschaffen ist, mit allem Nachdruck Reichsregierung, Landesregierung und Deutschnation hin. Die Steuerlast der Landwirtschaft ist zu Ende, der Steuerdruck ist nicht mehr zu ertragen. Die Existenz vieler landwirtschaftlicher Betriebe ist bereits erschüttert. Die Bauern sind schon dazu übergegangen, einen Teil der neuen Ernte vorweg zu verkaufen oder zu verpfänden. Die Steuerforderungen, soweit sie überhaupt gewährt wurden, mit den bedeutenden Zinszuschlägen bieten hier kein Behelfsmittel.

Die Bayer. Landesbauernkammer muß mit allen Mitteln dafür sich einsetzen, daß nur mehr zinslose Stundungen in weitestem Umfang gewährt werden, daß die Steuertermine vor der Ernte ausgesetzt werden und insbesondere der Steuertermin vom 15. August unter allen Umständen auf den 15. Oktober verschoben wird. Weiterhin muß die Landesbauernkammer mit allem Nachdruck verlangen, daß Steuernachlässe in dem Umfang eintreten, als es die Weiterführung der Betriebe unter allen Umständen erfordert.

Die Landesbauernkammer muß vom Reichstag mit Entschiedenheit fordern, daß er sich so rasch wie möglich mit der Befreiung der steuerlichen Heberlastung der Landwirtschaft befaßt. Die Vermögenssteuerveranlagung ist unvollständig und kann in ihrer jetzigen Höhe für weitere Steuertermine nicht mehr in Frage kommen.

Ebenfalls muß die Landesbauernkammer mit allem Nachdruck verlangen, daß bei den Steueranforderungen die Interessen der landwirtschaftlichen Sachverständigen beachtet werden und daß den Finanzämtern von den vorgelegten Belegen es unterliegt wird, die Steuerpflichtigen vor der Entscheidung des Steuerzuschusses zu Steuerleistungen zu veranlassen.

Für den Achtstundentag

Genf, 24. Juni. Der Resolutionsentwurf der Arbeitergruppe der internationalen Arbeiterversammlung über den 8-Stundentag hat folgenden Wortlaut: Die internationale Arbeiterversammlung ist der Ansicht, daß die Niederlegung des Sachverständigenberichtes und die allgemeine Bewegung in allen Ländern zu Gunsten der Annahme seiner Schlussfolgerungen einen bedeutenden Fortschritt für die Regelung aller durch die Verträge angeordneten Fragen und für die Wiederherstellung des Friedens bedeuten. Sie ist ferner der Ansicht, daß es überhaupt wichtiger wäre, daß keine sozialen Schwierigkeiten die Bewirklichung führen oder benennen, daß aber die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Arbeitszeit nicht befristet werden dürfen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit in einem Lande im gegenwärtigen Zustande der internationalen Konferenz würde eine ernste Bedrohung für die Arbeitsbedingungen in den anderen Ländern bedeuten. Die Konferenz ersucht daher den Vermittlungsrat des Arbeitsrates, zu prüfen, mit welchem Willen und Bestreben die Aufmerksamkeit der Reparationskommission auf die internationale Sozialpolitik zur Bewirklichung ihres Programms gesandt werden könne.

Württemberg

Stuttgart, 25. Juni. Spionageprozess. Vor dem Oberlandesgericht stand wieder ein Landesverrat, der Schneidermeister Baptist Bösch von Karlsruhe. Bösch wurde zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Exzessverlust und 5000 M Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft getilgt. Ein zweiter Angeklagter erhielt wegen ähnlicher, aber bedeutend harmloser Vergehen eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, wovon 5 Monate Untersuchungshaft abgehen.

Stuttgart, 24. Juni. Kleine Kntroge der Deutschen Volkspartei. Die Sägmühlen an der Rabelwaldgebiete des Landes sind bis jetzt zum Schneiden von Bauholz für den vom Staat durch Holzgewinnungen unterstützten Wohnungsbau nur wenig oder gar nicht herangezogen worden.

Die genannten Werke haben heute nur einen sehr geringen Absatz. Sie stehen daher vor Betriebsstillstellungen und Arbeiterentlassungen, und dies in einer Zeit, in welcher in ihrer unmittelbaren Umgebung so viel oder gar mehr gebaut wird als vor dem Krieg, also ein hartes Bearbeiten von Bauholz und Schnittwaren stattfindet.

Glaubt das Staatsministerium, daß die Versorgung der Bauenden mit Bauholz und Schnittwaren durch staatliche Vermittlung, die doch manche Unbequemlichkeiten und Verhinderungen mit sich bringt, auch heute noch nicht zu entscheiden ist? Können die Bauenden nicht vielmehr, nachdem die Holzpreise eine starke Senkung erfahren haben, auf den freien Markt verwiesen werden, wobei der Wert dessen, was bisher der Staat in Gestalt eines ermäßigten Holzpreises als Beitrag zu den Bauten geleistet hat, durch einen entsprechenden Barzuschuß ausgewogen werden könnte?

Für die Hagelbeschädigten. Der Abg. Rische (Zentr.) hat folgende Große Anfrage an das Staatsministerium beim Landtag eingebracht: Am 20. Juni hat erneut

ein schweres Hagelwetter eine größere Anzahl von Gemeinden der Oberamter Blaubeuren und Ehingen heimgesucht. Ist das Staatsministerium bereit, angeht die Rillage der Beschädigten u. des außerordentlichen Umfangs des Hagelschadens, namentlich im Oberamt Blaubeuren, sofort die notwendigen Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, namentlich eine besondere Förderung zur Unterstützung der Beschädigten beim Bausatz vorzulassen?

Weißbach, 24. Juni. Hopfen. Nur selten, wie heute machte die Hopfenpflanze, beeinflusst durch die günstige Witterung, so rasche Fortschritte, sei es in Draht- oder Stangenanlagen. Je früher sich die Pflanze derart in die Höhe, desto rascher werden die Stangen, und zwar auch die Stangen in der Länge ausreichen. Unerwartet kam aber der Rückschlag; rauhe, feuchte Niederlagen hemmen das Wachstum; es hat bis jetzt nichts geschadet. In allen Hopfen ist zurzeit mehr Nachfrage.

Hengstfeld, 25. Juni. Ortsvorsitzenderwahl. Bei der wiederholten Ortsvorsitzenderwahl erhielt Otto Heidenreich von Heidenheim 208 Stimmen. Der Gegenkandidat Landw. Dr. Funt von Hengstfeld erhielt 108 Stimmen.

Ebersbach a. J., 25. Juni. Streit im Rathaus. Hier konnten längere Zeit keine Gemeinderatsitzungen mehr abgehalten werden, weil die Mehrzahl der Gemeinderäte die Teilnahme verweigerte. Diese Gemeinderatsmitglieder haben auf dem Standpunkt, daß das Gemeinderatsmitglied schlecht unwürdig sei. Das Oberamt sah sich infolgedessen veranlaßt, die Gemeinderatsmitglieder in einem entsprechenden Erlass auf ihre Dienstpflicht hinzuweisen. Daraufhin wurde wieder eine Gemeinderatsitzung abgehalten. Mehrere Gemeinderatsmitglieder verlangten jedoch die Aufnahme einer Erklärung ins Protokoll, wonach sie es mit ihrem Wissen nicht vereinbaren können, den Gemeinderat schlicht als unwürdig seines Amtes zu erkennen. Schlicht hat gegen ihn ein Disziplinarverfahren beantragt.

Mergenthal, 25. Juni. Brandwunden. In den nachbarten Marktheim entstand bei der Fabrikation von Wäsche ein Brand, bei dessen Lösung ein Feuerwehmann durch die aus dem umgestürzten Kessel austretende Mässigkeit mit furchtbaren Brandwunden bedeckt wurde. Da Feuer am Körper des Bergungsmann wurde durch heftige Bürger erstickt. Man hofft, den bedauernswerten Mann wehmann am Leben zu erhalten.

Oberlenningen, 25. Juni. Mord. Einen tragischen Tod erlitt die 25jährige Elisabeth Schüle aus Stuttgart, die in Begleitung ihrer Schwester, einer weiteren Dame und zweier Herren, einen Ausflug auf unsere Alb machte. Die Gesellschaft ließ sich auf der Höhe am mühsamen Blauhöfen zur Rast nieder, um zu frühstücken. Elisabeth Schüle ging aus und fürzte 30 bis 40 Meter in die Tiefe. In schwerem leichten Zustand wurde die Bedauernswerte unten aufgefunden. Sie ist bald darauf ihren Verletzungen erlegen.

Gesund, 24. Juni. Hinter den Mauern. Die Strafgefängnisse füllen sich immer mehr. Gotteszell hat einen Gefangenenstand von 290 erreicht. Seit einiger Zeit ist in allen Strafanstalten des Reichs das Schweigeverbot aufgehoben. Die weiblichen Gefangenen müssen diese neue Freiheit häufig ausnutzen. In hohen Festtagen, wie Ostern und Pfingsten, ist auch Gesang erlaubt. Vom Morgen bis Abend, fast ohne Unterbrechung, erklingen nun wieder, religiöse und weltliche, innerhalb der Gefängnismauern. Wo man fragt, da läßt sich ruhig nieder, solle Menschen haben keine Kinder.

Kalen, 25. Juni. Erwischte Briefmarken. Durch die Hebermaßnahme eines Postbeamten von Stuttgart ist es gelungen, den Postinspektor Karl Maier zu überführen, als er kurze Zeit zuvor einen Brief, der von Amerika nach Badenweiler adressiert war, dem Poststad einwickelte. Maier wurde sofort verhaftet und dem Amtsgericht zugewiesen. Es sind schon mehrere Briefe von Amerika in Badenweiler nicht angekommen.

Waldbad, 24. Juni. Die Personalien des feinerzeit auf der Flucht durch Schiffe geflohenen Einbrechers, der auch zwei Tage zuvor mehrere Einbrüche ausführte, konnten nunmehr festgestellt werden. Es handelt sich um den 27 Jahre alten Max Schmidt aus Berlin, einen der bekanntesten Billeneinbrecher. Auch wer er als verwegener Possidestrotzer bekannt. In Düsseldorf war er mit einem Spiegelglas verhaftet worden und hatte dort als angeblicher Philipp Meyer seine Strafe abgehört. In Berlin beschäftigte er sich mehr mit Hebleret und hielt mit der praktischen Arbeit zurück.

Tigerfeld, 25. Juni. Münstingen, 25. Juni. Goldenes Hochzeit. Lehten Montag konnte Julius Zeller und seine Gattin Katharine geb. Schmid von Bronstetten das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Der Jubilar ist Veteran aus 1870/71.

Saigau, 25. Juni. Diebstahl. Dem Schafhalter Siegenbold in Laubbach wurde sein auf Markung Hohfeld stehender Schäferfarran gewaltsam erbrochen und aus diesem ein Oberbein und Kopfstein gestohlen. Der Tat verdächtig ist ein jüngeres, umherziehendes Färchen.

Ravensburg, 25. Juni. Die Neuregelung des Fürstorgewens. Im Kongresshaus fand ein Einleitungsakt über die Durchführung der Kriegsfürsorgeverordnung statt. Hierbei übte Oberbürgermeister Rank Kritik daran, daß die Landesfürsorgebehörde nur einmal im Jahr einzuberufen werden solle, daß diese Behörde so ihren Zweck nie erfüllen könne und daher nur als Dekonationsstift anzusehen sei. Der Ausschuß der tätlich alle praktische Arbeit zu leisten habe, bestünde aus 2 Beihilfenden und 4 Beisitzern. Die Aufhebung des Bauarmenverbandes sei für Oberlenningen doppelt bedauerlich. Einmal, weil viele Arbeiter wertvolle Beihilfen dadurch verlieren werden, und fürs andere, weil der Bauarmenverband des Donaufreises in ihm weit aus das größte Vermögen besessen habe, statt einer Individualisierung der Fürsorgeleistung konnte nur eine Echematifizierung. Die vom Reich den Ländern und Gemeinden überlassenen Steuern, die anderwärts zwischen Staat und Gemeinden halbiert würden, würden in Württemberg nicht gleich verteilt, indem der Staat 60 v. H. davon für sich nehme und den Gemeinden nur 40 v. H. überlasse, mit denen absolut nicht auszukommen sei.

Genau
lag mo
der Hau
t an g
durch
ingen
Kommer
des Ber
bei über
Professor
glatamen
breit w
mit Schwe
nach Sig
noch zwei

ep. 21
Tobler
aberd
einer Tel
Diecker
Erklärung
der einen
Gelehrte
von Diek
des Verein
inschreib
Wartem
Vertrag
bernen G
Kon. An
ferenz
Darrer U
hauer
kon am
Fortsehu
flücht. S
solles W
Nr die W

Des
ang zu
lischen
zu einem
anwesen
liche, die
in man
launeres
blide in
sch neue,
Lafde an
dat. Jed
ien Schme
geides (M
tionen) i
Reichsm
genheim;
johrgebe
vertuier
sings an,
alte Spr
nicht wert
Gaugelbe

Die
Berlamm
in Schar
gehoben,
vergange
und grü
lacht zu
loch erst
die schon
leben hat
recht gew
vorgedoh
treibungen
Gemeinde

Der S
mit einer
mal. Den
berichten
zeit. Geg
auf alter,
wurzelte
Einführun
den Kennt
tologischer
gen nach
geliebten
hellen tro
seit folge

Schäbige
Die
Wanne h
unlocht
Dreißigst
Stoffelun
dell und
Kuhstern
ung des
ren, drei
eren W
terng auf



Preisabschlag!

Den neuen Einkaufspreisen entsprechend empfohlen wir:

la Vollreis	28
Bruchreis	22
Rubels, dr. offen Eierware	18
Wasserware	34
Cokosfett i. Taf.	28
offen	85
Maïs	60
Kaffeemehl i. Email-Geschenkdosen	20
Gemüse- und Obstkonserven billigst	65
Zucker-Würfel	50
Kristall	45
Cond. Milch, gezuckert	70
Karmelade, versch. Sorten, Pfd. 40 u. 50	50

Loewen-Drogerie
Nagold u. Altensteig.

Börsemacherinnen!

welche im Herstellen von Geslecht bewandert,
auch solche für Heimarbeit
können sofort eintreten.

Zul. Woeller
Metallwarenfabrik Wildberg.

Bruchleidende

haben es nicht nötig, sich mit schlechten Bruchbändern zu begnügen, tragen Sie das allen Anforderungen entsprechende und vollkommenste **Opel-Band D.R.G.M.**
Für jeden Zweck unbedingt zuverlässig. Garantie für richtiges Passen; nur Maßarbeit.
Ohne Feder in allen Arten bestens anerkannt.
Unsere **Vorfalbandage** bietet jede vernünftige Sicherung.
Unsere Bandagen sind Tag und Nacht ohne jede Schmerzen vom kleinsten Kind bis zum ältesten Greis tragbar und werden schon in kürzester Zeit Heilwirkung erzielen. Besuchen Sie kostenlos und unverbindlich unseren Vertreter am Montag, 30. Juni 1924 in Nagold von 8-12 Uhr im Café L. Traub. Schenken Sie genau auf unsere Firma. Spezialinstitut für orthopädische Bandagen Dr. med. Blum & Opel, Mühlhaffstr. 3, Breslau, Poststr. 93.

Ein neuer Bezugsabschnitt

Zeitschriften und Lieferungswerke

beginnt am 1. Juli 1924.
Zu Bestellungen ladet höflich ein
G. W. Zaiser
Buchhandlung, Nagold.
Probennummern bitte zu verlangen.

Ruhwagen

oder Einspänner verkauft
ausnahmsweise billig
L. Mühlhaff, Nagold,
Poststr. 93.

Heim

Sammlung von Volks-
gedichten für Männerchor
Vorläufig bei
Buchhandl. Zaiser

Von bleibendem Wert

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte

Konstanze von Franken

Das Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstanze von Franken ist nach allgemeinem Urteil das beste, billigste und schönste ausgestattete Buch seiner Art.

Vorzügliches Geschenkwerk

Eines der meistgekauften Geschenkbücher des deutschen Buchhandels.

Stets vorrätig bei
Buchhandlung ZAISER, Nagold.



Defekte Elektromotoren

aller Art beliebt vorzüglich in kürzester Zeit
Apparat, G.m.b.H., Esslingen a. N.
Karlstr. 4 - Telefon 69 und 92
Erfolgreiche Einrichtung. Grosses Lager in
Dynamodrakt und Isoliermaterial.



Probennummern kostenlos.
Bestellungen nimmt jederzeit entgegen
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Noch nie dagewesen!

Stannend billig! Sofort lieferbar!
Solange Vorrat reicht liefere ich ab Lager geg. Nachnahme

4 Stück Kochtöpfe	1-4 Ltr.	Mk. 7.-
5 " " "	1-5 " "	11.-
6 " " "	1-6 " "	13.-
7 " " "	1-8 " "	18.-

— Alles garantiert rein Aluminium.

Mühlhoff, Aluminium-Industrie
Eveking in Westfalen.

Anzeigen
für die Samstag-Nummer
wollen heute schon aufgegeben werden.

1 Kinderwagen
Gummibereifung
(sehr gut erhalten).

1 Milchzentrifuge
ca 2 Liter (fast neu).

1 Sadlarren
verkauft billig.
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle d. Bl.

Handwurm
mit Kopfa. und Wärmestül,
ohne Hungerkur!
Anzahl, Kosten!
(Sport) Lang, Spez.
Mk. Preis 1000
Wurm-Koos
Hamburg 11a 533

M. S. N. 8 Uhr. Son-
t. Bd. u. Schu-
bert 3. 2. S. 1. S.; Les
Préludes a. Liszt 1. 2. Klav.
4 S. Wiederholung.

Ein Damen- Fahrrad,

ganz wenig gefahren,
sowie 2 große moderne

Wandbilder

verkauft preiswert
von **E. Merkt, Nagold.**

Bestens empfohlen sind:

Missionar

Vielhauers

Schriften:

Greif zu!

Ein Wegweiser für solche, die
den Frieden Gottes suchen.
Preis 40 A.

Die

Vorbedingungen

einer

glücklichen Ehe

Preis 20 A.
zu haben in der
Buchhandlung Zaiser

Man nehme

zur Wäsche nie
beise allein, das
Waschen würde
zu teuer sein.
Man nehme

Henko

als Zusatzmittel
— die Kosten
verringern sich
um ein Drittel!

Henko
Henko's Wasch- und
Bleich-Soda

Wer die

Engl. Sprache

erlernen will, findet

guten Unterricht

bei

A. F. Woerdehoff

Deutsch-Amerikaner
18 Jahre in Amerika.
Anmeldung zwischen 8-3 Uhr
im Hotel L. Löwen.
Unterricht beginnt
noch diese Woche.

Fußbodenöl, Fußbodenwachs, Fußbodenbeize, Fußbodenlack, Stahlspäne, Möbelwachs, Möbelpolitur, Möbellack u. s. w.

empfiehlt in besten Qualitäten
K. Ungerer, Nagold,
Telefon Nr. 4.

Das Buch

der Hausfrau

Eine neuzeitliche Haushaltskunde
von Klara Ebert.
Mit 30 Abbildungen.

Aus dem Inhalt: Hausarbeit, Fein-
Ernährung, Kleidung, Wäscherei, Kranken-
pflege, Heilige Aufgaben der Frau.

Eine prächtige Gabe, der man nur
wünschen kann, daß sie recht bald in den
Besitz jeder Familie überginge.
Vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Für die Wander- und Sommerzeit!

Gitarren und Mandolinen

**Gitarretaschen,
schöne Zierbänder**
in großer Auswahl bei
G. W. Zaiser, Nagold.

Werkzeuge, Maschinen, Ackergeräte, Bücher

wie überhaupt alle ausstattungsgegenstände finden bei den Auslandswänden
in aller Welt dauernden Absatz. Sie erschließt die jeden Samstag zum Versand kom-
mende Auslandswochenausgabe des Schwäbischen Merkur. Setzen Sie sich im eigen-
nen Interesse heute noch mit der Geschäftsstelle, Stuttgart, Königsstr. 20 in Verbindung.

Besteht an je
log. Bestellan
bestliche V
an Postboten

Bestenfalls
im Juni
einzel. Zei
Mag. Nr. 10
Grundpreis 1
Die einpaltig
großgedruckte
berei. Baum
plemige. Ne
Gesamtwert
ang. 10. Beidp
gericht. Betr
Kaufstellen 1
100

Nr. 149

70. Eth
polytechn
Die Koch
gung. Dra
gabe möglic
Hoffm
Regierung
Nationalrat
werden.
Der Hoff
Amerika
bestimmen.

Der Red
wird nicht
Belegensw
nicht fertig
Niplomatisch
mentarische
bechäftigt
Bok nur
Kuhrege
liche Wäsche
ei nach Has
abfrage
anungen
far und un
prädege
wege bereit
werden, w
Frankreich
saupten die
ei mit der
amerikanische
tand gejun
Rilitär
wie ein un
Kaufstellen

Wer Don
wird, die
Kaufort
an
am letzten
den vorher
Rise hätte
ke in der
Mit diesem
den hängt
zusammen.
Berhandlung
wenn man
gelohnt hat
in Berlin
kommen. T
größtenteils
zusammen
lebenden O
Deutschland
kontrolle un
Berücksicht
machen. V
mehrte Hal
den. Dage
als je von
bieten müß
herriot mu
tr ohne ein
und Brüssel
gutes Weib
ist machen.
Deutschland
von Plessin
ben sollen:
Über die B
englische K
Weiden zur
verhältnißg
reichs mit
Sommerf.
— Boiron
zur Barren
einer Dopp
tag des 14.
deutsche G
linger den
mit einer
kennung de
ben sie sich
Postmaxim
hohen Bar